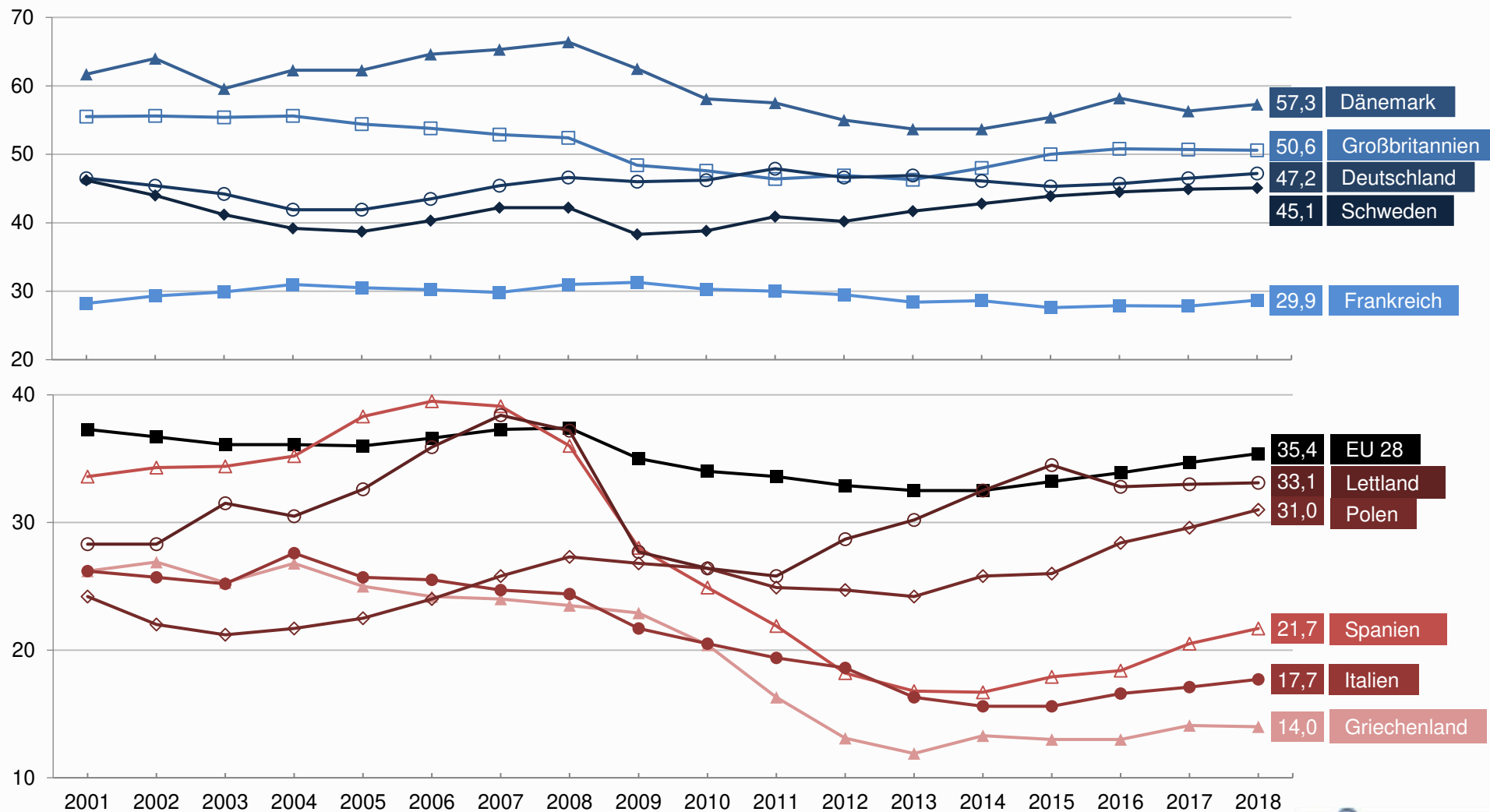


# Erwerbstätigenquoten der jüngeren Bevölkerung in ausgewählten EU-Ländern 2001 - 2018 in % der 15 - 24jährigen



Quelle: Eurostat (2019): Arbeitskräfteerhebung der Europäischen Union (EU-AKE/LFS)



## Erwerbstätigenquoten der jüngeren Bevölkerung zwischen 15 und 24 Jahren in ausgewählten EU-Ländern 2000 - 2018

Vergleicht man die Erwerbstätigenquoten der jüngeren Bevölkerung im Alter von 15 bis 24 Jahren zwischen ausgewählten EU-Ländern, so lässt sich erkennen, dass im Jahr 2018 die Länder in West- und Nordeuropa – nämlich Dänemark (57,3 %), Großbritannien (50,6 %), Deutschland (47,2 %) und Schweden (45,1 %) die mit Abstand höchsten Werte aufweisen. Hier liegt die Erwerbsbeteiligung deutlich über dem EU-Durchschnitt (35,4 %). Dagegen finden sich die niedrigsten Erwerbstätigenquoten in Griechenland (14,0 %), Italien (17,7 %) und Spanien (21,7 %). Diese geringe Erwerbsteilhabe junger Menschen ist jedoch nicht nur für diese südeuropäischen Länder charakteristisch, sondern auch in anderen europäischen Ländern wie Polen (31,0 %) und Lettland (33,1 %).

Die Entwicklung der Erwerbstätigenquoten der jüngeren Bevölkerung in Europa ist insgesamt rückläufig (EU 28: - 4,6 %). In Schweden (+ 22,2 %), Frankreich (+6,0 %), Deutschland (+ 2,4 %), Polen (+ 28,6 %) und Lettland (+ 9,2 %) konnten zwischen den Jahren 2000 und 2018 jedoch auch Zuwächse verzeichnet werden. Dagegen liegen die Quoten in allen anderen ausgewählten Ländern unter den Werten aus dem Jahr 2000, wobei insbesondere in Griechenland, Spanien und Italien die Quoten jeweils um mehr als 30 % zurückgegangen sind.

Vergleicht man zusätzlich die Entwicklung der Erwerbstätigenquoten vor und nach der Wirtschafts- und Finanzkrise, zeigt sich in den meisten Ländern bis zum Jahr 2008 eine positive Entwicklung mit steigender Erwerbsbeteiligung. Im EU-Durchschnitt stieg bis 2008 die Erwerbstätigkeit bei den unter 25jährigen um knapp 1 %, wobei Lettland (+ 22,8 %), Polen (+ 13,3 %), Spanien (+ 11,8 %) und Frankreich (+ 11 %) die größten Zuwächse verzeichneten. Allerdings war in Großbritannien, Dänemark und Italien die Entwicklung bis 2008 negativ. Mit dem Einsetzen der Wirtschafts- und Finanzkrise sank die Erwerbstätigenquote zwischen 2008 und 2009 in allen Ländern ohne Ausnahme. Während im EU-Durchschnitt die Erwerbstätigkeit um 6,4 % zurückging, traf die Krise im ersten Jahr besonders deutlich Lettland (- 25,5 %), Spanien (- 22,2 %) und Italien (- 11,1 %).

Seitdem stieg lediglich in Schweden, Deutschland und Polen bis 2018 die Erwerbstätigenquote wieder auf das Vorkrisenniveau von 2008, während die meisten Länder, vor allem die südeuropäischen Länder, bis 2013 eine Negativentwicklung durchlebten und erst in den vergangenen Jahren wieder leichte Aufwärtstendenzen zeigen. Trotzdem liegt die Erwerbstätigenquote in Spanien, Griechenland und in Italien jeweils um über 10 Prozentpunkten unter dem Vorkrisenniveau. Auch wenn der Rückgang der Jugenderwerbstätigkeit gestoppt werden konnte, hat die bisherige Austeritätspolitik der Europäischen Union in den betroffenen Ländern bislang nicht zu einer Erholung der Wirtschaft (vgl. [Abbildung X.1](#)) und des Arbeitsmarktes geführt, sondern die sozialen Probleme und die Armutsrisiken in diesen Ländern weiter verschärft (vgl. [Abbildung X.10](#)).

Bei den Gründen für die niedrige Erwerbstätigkeit spielen zwei wesentliche Gründe eine zentrale Rolle. Zum einen befindet sich ein großer Teil dieser Altersgruppe noch in der Schul- und Hochschulausbildung, so dass sich der Übergang in das Erwerbsleben im Verlauf der Jahrzehnte europaweit immer weiter nach hinten verschiebt. Zum anderen ist vor allem in den südeuropäischen Ländern die Erwerbsteilhabe in hohem Maße durch die Wirtschafts- und Finanzkrise und die daraus resultierende hohe Jugendarbeitslosigkeit begrenzt.

Die höhere Erwerbstätigenquote von Jugendlichen in Deutschland wird oft auf die enge Kooperation während der Ausbildung zwischen Wirtschaft und Staat zurückgeführt, die dazu beiträgt Erwerbstätigkeit zu fördern und Jugendarbeitslosigkeit vorzubeugen. Dazu zählen etwa der Ausbildungspakt, bei dem der Staat die Wirtschaft bei der Schaffung von Ausbildungsplätzen finanziell unterstützt, das duale Berufsbildungssystem, eine Mischung aus Schule und praktischer Berufserfahrung und das sogenannte Übergangssystem von der Bundesagentur für Arbeit, bei dem Jugendliche, die keinen Ausbildungsplatz gefunden haben, besser für die Wirtschaft qualifiziert werden sollen. Allerdings ist trotz dieser Maßnahmen gerade bei jüngeren Erwerbstätigen in Deutschland das Risiko der atypischen Beschäftigung höher als bei anderen Altersgruppen. Das heißt, dass gerade in dieser Altersgruppe immer mehr Personen befristet, in Teilzeit, geringfügig oder als Leiharbeiter beschäftigt sind.

## Hintergrund

Beschäftigungspolitische Fragen stehen in der EU seit Mitte der 1990er Jahre zunehmend im Fokus. Im Rahmen der „Lissabon-Strategie“ (nach dem Lissabonner Gipfel im Frühjahr 2000) wurde die Europäische Beschäftigungsstrategie (EBS) vereinbart, um die Ziele Vollbeschäftigung und bessere Arbeitsplätze zu erreichen. Dabei wurde vereinbart, dass bis zum Jahr 2010 eine Gesamterwerbstätigenquote von 70%, eine Frauenerwerbstätigenquote von 60% sowie eine Erwerbstätigenquote der älteren Menschen (55 bis 65 Jahre) von 50% erreicht werden sollte. Die EBS setzte zur Erreichung ihrer Ziele insbesondere auf Lernprozesse der Mitgliedsstaaten untereinander, gleichzeitig diente die Finanzierung beschäftigungspolitischer Projekte durch die europäische Regional- und Strukturpolitik als flankierende Maßnahme. Spätestens mit dem Einsetzen der Wirtschafts- und Finanzkrise war absehbar, dass die Ziele der EBS nicht erreicht werden können. Deshalb integrierte die Europäische Kommission im Jahr 2010 die EBS in die neu verabschiedete „Strategie Europa 2020“, die im Wesentlichen ein höheres Wirtschaftswachstum als Zielsetzung hat, und setzte sich etwas allgemeinere Kernziele als noch bei der Lissabon-Strategie:

- Bis 2020 sollen 75 % der 20-64jährigen eine Beschäftigung haben
- Generelle Erhöhung der Erwerbstätigenquoten von Frauen und Männern
- Abbau der strukturellen Arbeitslosigkeit und Förderung der Arbeitsplatzqualität
- Steigerung der Qualität und Leistungsfähigkeit der allgemeinen und beruflichen Bildungssysteme auf allen Ebenen und Verbesserung des Zugangs zur Hochschulbildung oder zu einer gleichwertigen Bildung
- die Schulabbrecherquote soll auf unter 10 % sinken
- 40 % der 30-34-Jährigen sollen einen Hochschulabschluss vorweisen können
- 20 Mio. Menschen sollen weniger durch Armut und soziale Ausgrenzung bedroht sein.

Angesichts der sehr allgemein gehaltenen Ziele und auf die gesamte EU bezogenen Ziele sowie der unterschiedlichen nationalen Ausgangsvoraussetzungen und Herausforderungen, erscheint es fragwürdig, ob die erhoffte Wirkung in den einzelnen Ländern tatsächlich eintritt. Kritisch anzumerken ist zudem, dass die Ziele der EBS auch durch eine Ausweitung nicht sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse erreicht werden können. Dies ist jedoch zum Einen in volkswirtschaftlicher Hinsicht wenig wünschenswert, zum Zweiten entspräche es auch nicht den Erwerbswünschen des Großteils der Frauen.

## **Methodische Hinweise**

Die Daten zu der Erwerbstätigkeit beruhen auf den Ergebnissen der Arbeitskräfteerhebung der Europäischen Union (EU-AKE; Labour Force Survey - LFS) des statistischen Amtes der Europäischen Kommission (Eurostat).

Die Beschäftigung oder Erwerbstätigkeit kann als Zahl der erwerbstätigen Personen oder der Arbeitsplätze in Vollzeitäquivalenten oder in geleisteten Arbeitsstunden gemessen werden. Um Vergleiche zwischen unterschiedlich großen Ländern zu ermöglichen und die Auswirkungen der Veränderung der Bevölkerungsgröße der Länder im zeitlichen Verlauf auszuschließen, werden in Erwerbstätigenstatistiken Erwerbstätigenquoten berechnet. Die Zahl der Erwerbstätigen wird ins Verhältnis zur Zahl der Bevölkerung gesetzt. Dabei wird in der Regel auf die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter Bezug genommen (zwischen 15 und 64 Jahre). Einzige Ausnahme bildet Großbritannien, für das die Altersspanne 16 bis 64 Jahre beträgt.

Als zentrales Maß zur Erwerbsbeteiligung, das internationale und zeitliche Vergleiche zulässt, hat die Erwerbstätigenquote jedoch auch ihre Schwächen: Sie erfasst alle Erwerbstätigen und alle Formen der Erwerbstätigkeit. Aus ihr lässt sich z.B. der Anteil der Selbstständigen, der Teilzeitbeschäftigten, befristet Beschäftigten und vor allem der Personen in prekären Beschäftigungsverhältnissen nicht ablesen.

Die Daten der Europäischen Kommission weichen von den nationalen Beschäftigungsdaten (etwa dem Mikrozensus) ab, weshalb kein direkter Vergleich zwischen den verschiedenen Datensätzen erfolgen kann.